https://www.gen-ethisches-netzwerk.de/node/2156

Gen-ethischer Informationsdienst

Wer bezahlt die Rechnung?

Debatte um gentechnisch veränderten Weizen in Australien

AutorIn
Anne Bundschuh

Ausgelöst durch einen Freisetzungsversuch mit gentechnisch verändertem Weizen und dessen Zerstörung durch Greenpeace-AktivistInnen wird in Australien über Aktivismus, Wissenschaft und die Interessen der Gesellschaft diskutiert.

95 Prozent der weltweiten Anbaufläche gentechnisch veränderter (gv) Pflanzen nehmen nach wie vor die vier „major crops“ Soja, Baumwolle, Raps und Mais ein. Schon lange bemüht sich die Gentechnik-Industrie jedoch darum, auch andere Hauptanbaufrüchte gentechnisch zu verändern und auf den Markt zu bringen. Neben dem Reis steht derzeit vor allem der Weizen - das am zweithäufigsten angebaute Getreide der Welt - im Fokus der Gentechnologen und -technologinnen. Je nach Quelle wird davon ausgegangen, dass Produkte aus gv-Weizen bereits in sieben bis zehn Jahren kommerziell verfügbar sein könnten. Nach Auskunft der zuständigen Behörde finden in Australien derzeit sieben Freisetzungsversuche mit gv-Weizen statt. Seit 2009 testet die staatliche Forschungsbehörde CSIRO (Commonwealth Scientific and Industrial Research Organisation) hier verschiedene neue Weizenlinien auf ihr Verhalten unter Umweltbedingungen. Doch zumindest eines dieser Felder wird dieses Jahr keine verwertbaren Ergebnisse abliefern, denn am 14. Juli verschafften sich zwei Greenpeace-Aktivistinnen Zugang zu dem 0,5 Hektar großen Feld und zerstörten einen Großteil der Pflanzen mit mitgebrachten Motorsensen.

Unwissenschaftliche Gentechnikkritik

Was auf die Aktion folgte, war eine Durchsuchung des Greenpeace-Büros sowie eine öffentliche Debatte um gv-Pflanzen und um die Legitimität dieser Form von Aktion. Nach Aussage der Greenpeace-Mitarbeiterin Claire Parfitt unterstützen vor allem Biobauern, einige landwirtschaftliche Gruppen sowie einige wenige Politiker die Anti-GVO-Kampagne. In der Regel vermieden die GentechnikkritikerInnen jedoch eine Stellungnahme zur Aktion, sodass in den Medien eine breite Verurteilung der Tat dominant zu sein schien. Die australische Weizenindustrie wurde nicht müde zu betonen, dass die Mehrheit der australischen Weizenanbauer die Forschungen zur Entwicklung von gv-Weizen begrüße. Der Senats-Abgeordnete John Madigan bezeichnete die Aktivistinnen als „verbrecherisch gesinnte Vandalen“, und der Autor John Birmingham verglich sie mit den so genannten „Klimaskeptikern“, die den menschengemachten Klimawandel in Frage stellen. Seiner Ansicht nach sei die Aktion genauso verwerflich wie die Zerstörung eines Klimaforschungsinstituts, da in beiden Fällen die Wissenschaft nicht respektiert werde. Dieses Bild eines angeblichen Konflikts zwischen „gentechnikbefürwortender Wissenschaft“ auf der einen und

„unwissenschaftlicher Gentechnikkritik" auf der anderen Seite wurde auch von anderen AutorInnen bemüht, beispielsweise durch den Vorwurf an Greenpeace, eine „traurige, dogmatische, reaktionäre Phalanx wissenschaftsfeindlicher Fanatiker" zu sein, denen es „nicht um wissenschaftliche Beweise, sondern um Öffentlichkeit" gehe.1 Dabei wird von verschiedenen Seiten schon lange darauf hingewiesen, dass diese Sichtweise den Konflikt in der Regel nur unzureichend beschreibt: Nicht Wissenschaft und Forschung an sich stehen im Fokus der KritikerInnen. Vielmehr geht es um die Rahmenbedingungen, unter denen die Forschung stattfindet, die Ziele, denen sie verpflichtet ist und um die Frage, welche gesellschaftlichen Entwicklungen sie befördert oder verhindert. So ergibt sich denn auch in diesem Fall ein differenzierteres Bild, wenn die Kritikpunkte von Greenpeace in den Blick genommen werden. Einen zentralen Raum nimmt dabei die Forderung nach unabhängiger, transparenter und dem Gemeinwohl verpflichteter Forschung ein.

„Wer bezahlt die Rechnung?"

Eine kurz vor der Aktion erschienene Greenpeace-Broschüre zum „Weizenskandal" veranschaulicht das Geflecht an Akteuren, die an der Durchführung von Freisetzungsversuchen in Australien beteiligt sind.2 Im Falle des zerstörten Versuches saß die Gentechnikindutrie bereits bei der Antragstellung mit im Boot: Zwei Mitglieder des damaligen CSIRO-Vorstandes (der laut Satzung acht bis zehn Mitglieder umfasst) waren hochrangige Mitglieder bei *Nufarm*, dem Exklusiv-Händler von Monsantos Roundup Ready-Produkten in Australien. Durchgeführt wurde der Versuch von CSIRO in Zusammenarbeit mit *Limagrain*, dem viertgrößten Saatgutkonzern weltweit. Gegen diese schwer durchschaubaren Kooperationen zwischen staatlichen Einrichtungen und privaten Unternehmen richtet sich die Kritik von Greenpeace: Für die Öffentlichkeit sei es kaum nachzuvollziehen, wofür Steuergelder ausgegeben werden. Der Mangel an Transparenz mache es sehr schwierig, die Regierung zur Verantwortung zu ziehen. Zusätzlich verschärft werde die Situation durch die Geheimhaltung von Regierungsdokumenten, die mit gv-Pflanzen in Verbindung stehen. Denn trotz der gesetzlich vorgeschriebenen Auskunftspflicht öffentlicher Einrichtungen werden Dokumente häufig geheim gehalten, da ihre Inhalte als vertraulich gelten. Einzelheiten über die finanziellen Beziehungen zwischen CSIRO und internationalen Biotech-Unternehmen sind nicht bekannt. Ebensowenig gibt es genaue Informationen zu den gesundheitlichen und ethischen Parametern, die im Rahmen des Freisetzungsversuches untersucht werden sollen. Ein Blick in die Genehmigungsunterlagen des Freisetzungsversuches offenbart, dass selbst Details über die gentechnische Veränderung des gv-Weizens nicht öffentlich zugänglich sind. Die Namen der für die veränderte Stärkezusammensetzung verantwortlichen Gene sowie die phänotypischen Veränderungen, die sie bewirken, gelten als „confidential commercial information" - Geschäftsgeheimnisse. Zugang zu diesen Informationen bekommen nur ausgewählte ExpertInnen und Behörden.3 Als Konsequenz aus diesen Kritikpunkten fordert Greenpeace mehr öffentliche Förderung des CSIRO, damit das Institut nicht auf die Kooperation mit Unternehmen angewiesen ist. Greenpeace-Mitarbeiter James Lorenz sagt hierzu: „Unabhängige Wissenschaft ist kostbar und wir sollten alles tun, um sie zu schützen. Das heißt nicht, dass wir allem blind folgen sollten. Skeptizismus ist gesund. Und für mich sollte dieser Skeptizismus mit der Frage anfangen: Wer bezahlt die Rechnung?"4

Ernährungsstudien an Menschen?

Ein zweiter Kritikpunkt am betroffenen Freisetzungsversuch betrifft die von CSIRO geplante Ernährungsstudie mit gv-Weizen an Menschen. Um die Wirkung der neuen Sorte zu testen, sollten im Anschluss an den Freisetzungsversuch Studien an Tieren sowie an einer Gruppe von Freiwilligen durchgeführt werden - ein Vorhaben, das bereits für internationalen Protest gesorgt hatte: Im Juni wendeten sich acht WissenschaftlerInnen aus verschiedenen Ländern - darunter die indische Physikerin und Umweltaktivistin Vandana Shiva - in einem offenen Brief an CSIRO und kritisierten, dass die gesundheitlichen Auswirkungen von GVO auf Tiere noch viel zu wenig bekannt seien, um sie bereits an Menschen zu testen. Greenpeace griff diese Kritik auf und wies außerdem darauf hin, dass die Studie aller Wahrscheinlichkeit nach gar nicht darauf abziele, mögliche toxische oder allergene Effekte der gv-Pflanzen ausfindig zu machen. Stattdessen gehe es in erster Linie darum zu zeigen, dass sich die Pflanzen so verhalten wie erwartet, ohne auf unbeabsichtige Nebenwirkungen einzugehen. Doch auch zu diesem Punkt sind

wichtige Informationen nicht bekannt. Eine von Greenpeace eingereichte Anfrage nach der Offenlegung von Unterlagen, die die Durchführung von Ernährungsstudien an Tieren und Menschen betreffen, wurde abgelehnt. Die Begründung: Der (auf 539 Stunden geschätzte) Arbeitsaufwand würde eine „unangemessene Verwendung von Ressourcen“ bedeuten und sei nicht im öffentlichen Interesse. Eine Internet-Recherche nach einer offiziellen Stellungnahme zur Durchführung der Ernährungsstudie blieb ergebnislos. Stattdessen ließen CSIRO-Mitarbeiter in Zeitungsartikeln mitteilen, dass es noch keine endgültige Entscheidung über das „Ob“ und „Wie“ dieser Studie gebe. Auch in den Genehmigungsunterlagen findet sich lediglich die vage Aussage, dass Ernährungsstudien an Freiwilligen durchgeführt werden dürfen, sofern sie von Ethikkommittees überprüft wurden. Wichtige Fragen - wie die Frage nach dem genauen Ziel und dem Ablauf dieser Studie oder auch nach der Auswahl der Freiwilligen und deren Motivation zur Teilnahme - bleiben somit bislang unbeantwortet.

- 1Wilson da Silva, Chefredateur COSMOS Magazin, am 14.07.2011, www.kurzlink.de/gid208_d (abgerufen am 03.10.11).
- 2„Australia's Wheat Scandal: the takeover of our daily bread“, Download unter www.greenpeace.org/australia/wheatscandal (abgerufen am 03.10.11).
- 3OGTR [Office of the Gene Technology Regulator] 2009: „DIR 093 - Risk Assessment and Risk Management Plan (RARMP) Technical Summary“. Download unter www.kurzlink.de/gid208_e (abgerufen am 03.10.11).
- 4James Lorenz im Greenpeace-Blog, 21.7. www.greenpeace.org.au/blog/?p=3723 (abgerufen am 03.10.11).

Informationen zur Veröffentlichung

Erschienen in:
GID Ausgabe 208 vom Oktober 2011
Seite 32 - 33